

Infodienst

Nachrichten aus Feuerwehr, Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement

Nummer 19 Jahrgang 2017

10. Oktober 2017

Ein Jahr Warn-App NINA in Baden-Württemberg

(ID) Seit einem Jahr setzt Baden-Württemberg die Warn-App NINA zur amtlichen Warnung vor Gefahren ein. Der Roll-out der webbasierten MoWaS-Systeme in den Stadt- und Landkreisen ermöglicht zukünftig eine noch schnellere und medienbruchfreie Warnung der Bevölkerung bei Gefahrenlagen.

Seit einem Jahr setzt Baden-Württemberg zur amtlichen Warnung der Bevölkerung landesweit erfolgreich auf das im gesamten Bundesgebiet verfügbare satellitengestützte modulare Warnsystem MoWaS des Bundes. Mit dem System wird unter anderem die Warn-App NINA (Notfall-Informations- und Nachrichten-App) des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ausgelöst. NINA ist die einzige App, die flächendeckend in ganz Baden-Württemberg von den zuständigen Behörden der Gemeinden, Städte, Kreise und des Landes zur amtlichen Warnung eingesetzt werden kann.

In der Bilanz des ersten Jahres zeigt sich deutlich der Sicherheitsgewinn für die Menschen in Baden-Württemberg. Seit dem Start am 7. Oktober 2016 sind 30 Warnmeldungen über MoWaS abgesetzt worden. Gewarnt wurde beispielsweise bei Bränden, Gefahrstoffaustritten, Bombenfunden oder Trinkwasserverunreinigungen. Besonders zu erwähnen ist eine überregionale Lebensmittelerpressung, bei der die baden-württembergischen Behörden

mittels MoWaS erfolgreich eine bundesweite Warnmeldung umgesetzt und so einen maßgeblichen Beitrag zur zielgerichteten Bevölkerungswarnung geleistet haben.



Notfall-Informations- und Nachrichten-App

Mehr als zwei Millionen Menschen nutzen bundesweit inzwischen die Warn-App NINA. Etwa 400.000 Mal wurden Orte in Baden-Württemberg hinzugefügt, um dort bei Gefahrenlagen gewarnt zu werden. Mit deutlich steigender Tendenz: Vor einem Jahr lag die Zahl der aktiven Nutzer bei knapp einer Million; in rund 180.000 Fällen hatten Nutzer eingestellt, dass sie Warnungen für einen Ort in Baden-Württemberg empfangen möchten.

Gemeinsam arbeiten Bund und Länder an der ständigen Fortentwicklung des Systems. Auf Fax- oder E-Mail-Anforderung der zuständigen Behörde hin lösen bislang das Lagezentrum der Landesregierung bzw. die Feuerwehr Reutlingen entsprechende Warnmeldungen aus. Dort stehen die beiden MoWaS-Sende- und Empfangsstationen des Landes. Um den Meldeweg abzukürzen, wurde vom Bund in Zusammenarbeit mit den Ländern eine ergänzende, webbasierte MoWaS-Oberfläche entwickelt, die ab Oktober 2017 im Rahmen einer Testphase für die Integrierten Leitstellen bei den Stadt- und Landkreisen freigeschaltet wird. Damit können die Warnmeldungen dann direkt in den Leitstellen in das System eingegeben werden und

müssen lediglich durch eine MoWaS-Sende- und Empfangsstation freigegeben werden. Die Eingabe erfolgt somit medienbruchfrei und damit deutlich einfacher und schneller. In der jetzt beginnenden Testphase, die bis zum 30. September 2019 läuft, können die Kreise kostenlos mit einer sogenannten MoWaS vS/E-Station (vorlagenerstellendes Send- und Empfangssystem) ausgestattet werden. 29 baden-württembergische Stadt- und Landkreise haben ihre Teilnahme an der Testphase zugesagt und werden jetzt nach einer entsprechenden Einführung an das MoWaS-System angebunden.

NINA kann Leben retten. Helfen Sie bitte mit, dass NINA noch bekannter wird. Zum Beispiel durch Veröffentlichungen in Gemeindeblättern und anderen Publikationen. Dafür haben wir Ihnen auf der Homepage des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg ein Medienpaket, bestehend aus Info-Flyer, Anzeigentext, Plakat und Spaltenfüller zum Download zusammengestellt. Sie finden es unter folgender Adresse: <https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/warnung-der-bevoelkerung/>.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration
Abt. 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
Tel.: (0711) 231 - 4
E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.)
Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

Warn-App NINA

- ortsgenaue Meldungen mit Kartenansicht
- Push-Benachrichtigungen zu Wetter- und Hochwasserwarnungen
- Beschreibung der Gefahrensituation mit Handlungsempfehlungen

Download: www.bbk.bund.de



Willi Dongus in den Ruhestand verabschiedet

(ID) Der langjährige Geschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg Willi Dongus ist bei einer Feierstunde in der Gärtringer Schwarzwaldhalle in den Ruhestand verabschiedet worden.

Am 22. September 2017 wurde der langjährige Geschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Willi Dongus, in den Ruhestand verabschiedet. Im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung in der Gärtringer Schwarzwaldhalle waren unter anderem hochrangige Vertreter der Feuerwehren sowie Repräsentanten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft zugegen. Die Landesverwaltung war durch Ministerialdirigent Prof. Hermann Schröder, Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen sowie den Leiter der Landesfeuerwehrschule Thomas Egelhaaf und die vier Bezirksbrandmeister Frieder Lieb, Jürgen Link, Siegfried Hollstein und Adrian Wibel vertreten.



Der Leiter der Abteilung 6 – Ministerialdirigent Prof. Hermann Schröder (re.) und Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen (li.) verabschiedeten den langjährigen Geschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg Willi Dongus.

Prof. Schröder bescheinigte dem

scheidenden Geschäftsführer, Spuren im Landesfeuerwehrverband hinterlassen und sein hohes Engagement in den 38 Jahren seiner Tätigkeit immer zum Wohle der Feuerwehren eingesetzt zu haben.

Nachfolger von Willi Dongus ist der Böblinger Gerd Zimmermann.

Herzlichen Glückwunsch

(ID) Die Landesdirektorin der Bereitschaften des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg, **Renate Kottke**, feierte am 18. September ihren 70. Geburtstag. Referatsleiter Stefan Gläser überbrachte bei der vom Landesverband ausgerichteten Feierstunde die Glückwünsche des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration und würdigte die Jubilarin für ihr langjähriges Wirken und ihre zahlreichen Verdienste für das gute und vertrauensvolle Miteinander im Bevölkerungsschutz.



Bestellung zum Professor

(ID) Der Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie KIT – vormals Technische Universität Karlsruhe – Prof. Dr.-Ing. Holger Hanselka hat mit Wirkung vom 10. August 2017 den Leiter der Abteilung 6 „Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement“ und ehemaligen Landesbranddirektor, Hermann Schröder, zum Honorarprofessor des KIT bestellt.

Hochschulen können nach § 55 Landeshochschulgesetz Personen zu Honorarprofessoren ernennen, wenn diese hervorragende fachbezogene Leistungen in der beruflichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Praxis und die pädagogische Eignung nachweisen. Hermann Schröder lehrt am Institut für Massivbau und Baustofftechnologie des KIT bei Prof. Dr.-Ing. Harald Müller „Praktischen Brandschutz“.

Wir gratulieren unserem Abteilungsleiter und neu bestellten Professor sehr herzlich.



Prof. Dr.-Ing. Harald Müller und Prof. Hermann Schröder vor der Büste des badischen Ingenieurs Johann Gottfried Tulla, der im 19. Jahrhundert die Rheinbegradigung durchführte.

13. Europäischer Katastrophenschutzkongress in Berlin

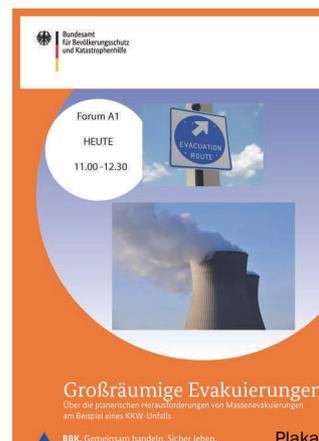
(ID) In Berlin fand am 19. und 20. September der 13. Europäische Katastrophenschutzkongress statt. Im Fachforum A1 – Großräumige Evakuierungen berichtet Hans Springer vom Referat Katastrophenschutz des Innenministeriums über die planerischen Herausforderungen von Massenevakuierungen am Beispiel eines KKW-Unfalls.

Auf Einladung des Behördenspiegels nahm Hans Springer am 13. Europäischen Katastrophenschutzkongress in Berlin teil. Unter Leitung und Moderation von Jens Naumann vom BBK berichtete er über die planerischen Herausforderungen von Massenevakuierungen am Beispiel eines KKW-Unfalls. Dabei lag der Schwerpunkt auf der von der Innenministerkonferenz zur Anwendung im Katastrophenschutz beschlossenen Rahmenempfehlung für die Planung und Durchführung von Evakuierungs-

maßnahmen einschließlich der Evakuierung für eine erweiterte Region.

Weiterer Input zu diesem komplexen Themenfeld kam von Dr. Stefano Bruno vom Schweizer Bundesamt für Bevölkerungsschutz, der einen Überblick zu den Planungen großräumiger Evakuierungen in unserem Nachbarland gab. Interessante Einblicke in das internationale Normungswesen gewährte Professor Duncan Shaw von der University of Manchester, der über die Entwicklung und die Ziele des ISO-

Lesen Sie bitte weiter auf S. 3



Großräumige Evakuierungen
Über die planerischen Herausforderungen von Massenevakuierungen am Beispiel eines KKW-Unfalls.

▲ BBK. Gemeinsam handeln. Sicher leben.

Plakat Quelle: BBK



Standards 22315 – Sicherheit und Schutz des Gemeinwesens – Massenevakuierung und die daraus resultierenden Ergebnisse für die planenden Behörden referierte. Abschließend stellte Professor Dr. Stefan Ruzika von der Technischen Universität Kaiserslautern Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt

zur mathematischen Modellierung und Optimierung bei der Evakuierung des Umfelds kerntechnischer Anlagen vor. Dabei konnte er überzeugend und anschaulich darlegen, dass die Evakuierung eines vorgeplanten Bereichs rechnerisch, unter Berücksichtigung festgelegter Parameter, in einem vor-

gegebenen Zeitfenster durchführbar ist.

Die Rahmenempfehlung Evakuierungsplanung finden Sie unter folgendem Link auf der Internetseite des BBK:

<http://kurzelinks.de/7mko>.

Fünfte Sitzung der Lenkungsgruppe Leitstellenstruktur

Diskussion der vorgeschlagenen Eckpunkte – Einrichtung der Fachgruppe Workflow beschlossen

(ID) Erstmals hat die Lenkungsgruppe im Projekt Leitstellenstruktur die zur Diskussion gestellten Eckpunkte künftiger Leitstellen erörtert. Die Lenkungsgruppe hat die Einrichtung der Fachgruppe „Workflow“ beschlossen.

Die Lenkungsgruppe des Projektes Leitstellenstruktur traf sich unter Vorsitz von Ministerialdirigent Prof. Hermann Schröder am 21. Oktober 2017 im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu ihrer fünften Sitzung. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Erörterung von Eckpunkten, die auf Grundlage der Aufgabensteckbriefe und unter Einbeziehung technischer und organisatorischer Aspekte und zugehöriger Prozesse erarbeitet wurden.



Ein Blick in die Tagungsrunde.

Studie präsentiert

Zuvor präsentierten das Forschungszentrum Informatik (FZI) aus Karlsruhe und das Beratungsunternehmen BeraSys GmbH aus Ettlingen gemeinsam die Studie zu Entwicklungsperspektiven Integrierter Leitstellen in Baden-

mitglieder die Erkenntnisse aus der Studie, insbesondere die Bewertungskriterien für die Leitstellentätigkeit, die Ausbildung der Disponenten und die bessere Vernetzung der Leitstellen erörtert.

Württemberg zu Qualität und Wirtschaftlichkeit. Das FZI und BeraSys haben von 2011 bis 2014 im Auftrag des DRK Kreisverbandes Emmendingen und des Landkreises Emmendingen die Entwicklungsperspektiven Integrierter Leitstellen am Beispiel Emmendingen untersucht. In der sich anschließenden Diskussion haben die Lenkungsgruppen-



Frau Völker-Stahl von BeraSys und Herr Dr. Rashid vom FZI präsentieren ihre gemeinsame Studie.

Württemberg zu Qualität und Wirtschaftlichkeit. Das FZI und BeraSys haben von 2011 bis 2014 im Auftrag des DRK Kreisverbandes Emmendingen und des Landkreises Emmendingen die Entwicklungsperspektiven Integrierter Leitstellen am Beispiel Emmendingen untersucht. In der sich anschließenden Diskussion haben die Lenkungsgruppen-

Die Eckpunkte bilden die Grundlage für die weitere Projektarbeit und werden nun im Projektverlauf weiter ausgearbeitet. Während bei einer Vielzahl der vorgetragenen Eckpunkte, wie zum Beispiel Redundanzen, Vorgaben zur Sicherheit (Cyberangriffe etc.) und Leitstellen mit Sonderaufgaben bei Großschadenlagen eine grundsätzliche Ein-

Einrichtung einer Fachgruppe beschlossen

Bei der Erörterung des vorgeschlagenen Eckpunktes Aufteilung in Funktionen innerhalb der Leitstelle (Calltaker, Dispatcher, Lagedienstführer, Administrator) kam die Lenkungsgruppe überein, den Punkt Funktionsaufteilung in Calltaker und Dispatcher in einer Fachgruppe zu vertiefen, und hat die Einrichtung der Fachgruppe Workflow beschlossen. Sie soll sich mit der Frage befassen, wie die in den Leitstellen eingehenden Anrufe zielgerichtet angenommen, verarbeitet und in den Folgeprozess eingespeist werden sollen.

Die in der Lenkungsgruppe vertretenen Organisationen entsenden hierzu Teilnehmer für die Fachgruppe, insbesondere Personen mit Berufserfahrung in der Leitstellentätigkeit. Die Fachgruppe Workflow tagt am 10. Oktober 2017.

Staatssekretär Martin Jäger informierte sich an der Landesfeuerwehrschule

(ID) Stillstand ist Rückschritt; dass dies auch zukünftig nicht für die Landesfeuerwehrschule und die dort angegliederte Akademie für Gefahrenabwehr in Bruchsal gilt, muss Selbstverständnis unseres politischen Handelns für die Feuerwehren und den gesamten Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg sein.

Bei seinem Besuch in Bruchsal zeigte sich Staatssekretär Martin Jäger beeindruckt von der hohen Qualität der dort gelebten Ausbildung und Lehre. „Wir müssen als Landesregierung alles daran setzen, dass wir auch zukünftig die bei der Feuerwehr, den Hilfsorganisationen und dem THW tätigen Männern und Frauen die bestmögliche Ausbildung zuteil werden lassen, die sie bei ihrer ebenso schwierigen wie oft auch gefährlichen Arbeit brauchen“, so Staatssekretär Jäger. „Alle im Bevölkerungsschutz Mitwirkenden sind Garant für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Sie sind Spiegelbild und Vorbild zugleich für eine funktionierende Symbiose zwischen bürgerlichem Engagement und staatlicher Fürsorge.“ Damit brachte der Staatssekretär seine Hochachtung und seinen Dank sowohl für die rund 500.000 Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz als auch für das 100 Köpfe starke Team an der Landesfeuerwehrschule zum Ausdruck.

Beeindruckt zeigte sich der Staatssekretär von den multifunktionalen Räumen und den im Gebäude verteilten Lerninseln; denn diese Lerninseln stehen im besonderen Maße für ein zeitgemäßes didaktisches Konzept. Gerade eine zeit- und zielgruppengerechte Ausbildung, aber auch die Möglichkeit in kleinen Gruppen Lerninhalte selbst zu erarbeiten sind wesentliche Garantien für einen nachhaltigen Erfolg.

Der Leiter der Landesfeuerwehrschule, Leitender Branddirektor Thomas Egel-



v.l.n.r. Schulleiter Thomas Egelhaaf, Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen und Staatssekretär Martin Jäger.

haaf, verstand es hervorragend beim Durchgang durch die neuen Räumlichkeiten die Verbindung von baulicher Konzeption mit didaktischem Konzept herzustellen. Man spürte, welches Engagement und welcher Sachverstand notwendig gewesen sein mussten, um die „neue Landesfeuerwehrschule“ zu errichten. Übrigens ein Bauprojekt, das sowohl zeitlich als auch vom Finanzvolumen mit einer Punktlandung realisiert wurde.

Staatssekretär Jäger interessierte sich bei seinem Besuch an der LFS besonders auch für anstehende Herausforderungen an die Ausbildung und die

Organisation der Feuerwehren. In konstruktiver Runde mit seinem Abteilungsleiter, Prof. Hermann Schröder, dem Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen und dem Schulleiter Thomas Egelhaaf ließ sich der Staatssekretär unter anderem über die Ausstattung und den Ausbildungsbedarf der Landesfeuerwehrschule, die Nachwuchsgewinnung bei Freiwilligen und Berufsfeuerwehren, die anstehenden Änderungen in der Verwaltungsvorschrift Feuerwehrausbildung und die Absicherung von Feuerwehrangehörigen bei Unfällen im Feuerwehrdienst informieren.

„In Krisen Köpfe UND VERFAHREN kennen“

Die für den Bevölkerungsschutz und das Krisenmanagement zuständigen Abteilungen aus BW und NRW im konstruktiven Austausch

(ID) Zum Meinungsaustausch trafen sich die für die Stabsarbeit zuständigen Kolleginnen und Kollegen des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen in Stuttgart. Auf der Tagesordnung stand auch die Besichtigung der Lageräume im Landeslagezentrum.

Nichts ist so gut, dass es nicht noch verbessert werden könnte. Dies gilt für das bisher schon gute Miteinander zwischen den Kolleginnen und Kollegen aus dem nordrhein-westfälischen und dem baden-württembergischen Innenministerium. So trafen sich die nordrhein-westfälische Abteilungsleiterin, Cornelia de la Chevalerie, und

Abteilungsleiter Prof. Hermann Schröder mit den für die Stabsarbeit zuständigen Kolleginnen und Kollegen der beiden Abteilungen zum best-practice-Austausch.

Neben dem Besuch des Lagezentrums der Landesregierung in Stuttgart standen aktuelle Themen auf der Tages-

ordnung: Wie binden wir die Öffentlichkeit und die Sozialen Medien in die Stabsarbeit ein? Wie stellen wir die länderübergreifende und die landesinterne Kommunikation der Verwaltungen auch bei einem großflächigen Ausfall der IuK-Infrastruktur sicher? Wie sind Zugangsberechtigungen in den Verwaltungsstabsbereichen geregelt?

Lesen Sie bitte weiter auf S. 5



Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bei der gemeinsamen Besichtigung der Lageräume im Landeslagezentrum.

Welche rechtlichen Wirkungen haben Entscheidungen des interministeriellen Verwaltungsstabes unter dem Blickwinkel der Ressortzuständigkeit?

Zahlreiche Hinweise und Informationen konnten im offenen Dialog ausgetauscht werden und sollen im weiteren Dialog vertieft werden. Alle Beteiligten

waren sich darüber einig, dass in weiteren Treffen der hier begonnene, konstruktive Dialog fortgesetzt werden soll.

Gemeinsame Katastrophenschutzübung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration, der Regierungspräsidien Stuttgart und Tübingen sowie dreizehn Stadt- und Landkreisen

(RPS / RPT) Flächenbrände, Hochwasser oder andere Großschadenlagen machen vor Grenzen und Zuständigkeiten nicht Halt und erfordern das Zusammenwirken vieler Behörden und Einheiten des Katastrophenschutzes aus unterschiedlichen Hilfsorganisationen. Daher haben die Regierungspräsidien Stuttgart und Tübingen gemeinsam mit dem Innenministerium sowie dreizehn Stadt- und Landkreisen die Katastrophenschutzübung „Heißer Süden“ geplant.

Die Übung gliedert sich in einen Stabsrahmenübungsanteil am Freitag, den 13. Oktober, sowie einen Vollübungsanteil am Samstag, den 14. Oktober.

Als fiktiver Rahmen dieser Übung wird eine langanhaltende Hitzewelle mit Temperaturen von über 40° Celsius angenommen. Ausgehend davon kommt es zu lokalen Stromausfällen, Trinkwasserknappheit, gesundheitlichen Problemen bei Mensch und Tier sowie zu einer großflächigen Waldbrandlage.

Stabsrahmenübung

In Folge der Hitze sinken die Wasserstände, es kommt zu Engpässen bei der Trinkwasserversorgung. Die Kühlung der Kraftwerke über Flüsse funktioniert nur noch eingeschränkt, die Stromversorgung bricht in Teilen zusammen. Durch trockene Böden bilden sich Risse in Gebäuden und Straßen. Bei Unfällen mit Tankzügen und in Störfallbetrieben werden gefährliche Stoffe und Güter freigesetzt und be-

drohen Menschen und Umwelt. Der Übungsschwerpunkt für die Verwaltungsstäbe liegt hier insbesondere in der Zusammenarbeit über Verwaltungsebenen hinweg.

Erstmalig wird auf Ebene der Regierungspräsidien eine gemeinsame Übungssteuerung mit Vertretern der Verwaltungsstabsbereiche beider Behörden eingesetzt.

Vollübungsanteil

Im Naturpark Schönbuch wird ein großflächiger Waldbrand angenommen, der mit Realfeuer an mehreren Stellen dargestellt wird. Im Waldgebiet müssen noch Personen gesucht und aus unwegsamem Gelände gerettet werden. Nahezu zeitgleich ereignen sich ein Busunfall, eine Gasflaschenexplosion in einem Zeltlager und ein Verkehrsunfall in einer Menschenmenge. Weiterhin kentert ein Boot mit mehreren Insassen und in einer Jugenddisco ereignet sich ein Rauchgasunfall. Übungsschwerpunkt ist hier die

kreisübergreifende Zusammenarbeit von Einsatzkräften unterschiedlicher Hilfsorganisationen.

Zahlen und Fakten

- Zehn Einsatzstellen
- 350 Einsatzfahrzeuge
- 20 km Löschwasserleitung
- 2.300 Einsatzkräfte
- 200 Verletztendarsteller
- Zehn Verwaltungsstäbe
- 16 Katastrophenschutzbehörden

Die Einsatzstellen sind für nicht üben- de Personen nicht anfahrbar, so dass ein Mitverfolgen der Übungssteile für die Öffentlichkeit nicht vorgesehen ist. Weiterhin bitten wir von Besuchen der Schadenstellen abzusehen. Aus Sicherheitsgründen ist es zwingend erforderlich, die Absperrungen zu beachten und die Zufahrtswege freizuhalten.